



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



14.09.2017

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Kommissionspräsident zur „Lage der Union“

Kraftvoll beschrieb Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker seine Prioritäten zur Lage der Union. Dazu gehören die Verstärkung des Handelsprogramms und der Industrie, der gemeinsame Kampf gegen den Klimawandel, der Schutz der Bürger in der digitalen Ära und der Umgang mit Zuwanderung. Juncker benannte drei europäische Grundprinzipien, die für ihn die Wertegemeinschaft Europa ausmachen und die Grundlage für ein künftiges Szenario für die EU bilden. Er ging auf den Wert der Freiheit und besonders den der Meinungsfreiheit ein. Die zwei anderen Pfeiler der Union sind Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit. In diesem Zusammenhang erinnerte er daran, dass Urteile des Europäischen Gerichtshofs zu respektieren sind. Überraschend waren einige seiner Vorschläge und Forderungen. So schlägt er die Schaffung von Vorbeitrittshilfen

zum Euro, eine europäische transnationale Liste für die Europawahlen und die Schaffung des Postens eines Finanzministers vor. Diese Punkte werden definitiv zu einigen kontroversen und interessanten Diskussionen in Brüssel führen. Besonders klare Worte richtete er an den türkischen Präsidenten Erdogan. Er schloss eine EU-Mitgliedschaft der Türkei in absehbarer Zukunft aus und forderte die Regierung auf, Journalisten freizulassen und es zu unterlassen, Regierungschefs der Europäischen Union als Faschisten und Nazis zu bezeichnen.

Fipronil-Eierskandal: Warnsystem optimieren

Im Sommer 2017 wurde der Lebensmittelskandal aufgedeckt, der mehrere Staaten betrifft und bei dem es um mit Fipronil belastete Hühnereier und Ei-Produkte geht. Fipronil ist ein Insektizid, das unter anderem zum Vernichten von Flöhen und Milben verwendet und von der Weltgesundheitsorganisation als mäßig gefährlich eingestuft wird. Seine Verwendung ist in der EU für zur Lebensmitteler-

zeugung gehaltene Tiere verboten. Die genauen Auswirkungen von Fipronil auf die Gesundheit sind bislang nicht bekannt. Inzwischen wurden die kontaminierten Eier zurückgerufen. Die betroffenen Betriebe wurden lokalisiert und vorerst blockiert. In Zukunft müssen die nationalen Behörden und die Europäische Kommission unbedingt besser zusammenarbeiten, um Probleme frühzeitig zu erkennen und dementsprechend schnell handeln zu können. Insbesondere das „Schnellwarnsystem“ der EU muss von den Mitgliedstaaten früher ausgelöst werden.

Gewalt gegen Frauen muss aufhören

Mit dem Beschluss, dem „Übereinkommen von Istanbul“ beizutreten, unterstreicht die EU ihr Engagement für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Europa und weltweit. Dadurch werden der bestehende Rechtsrahmen sowie die Handlungsfähigkeit bestärkt. Wir alle wollen Gewalt gegen Frauen verhindern, Straflosigkeit bekämpfen und Frauen und Mädchen

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



14.09.2017

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

schützen. Wir haben dem Beitritt zum Übereinkommen mit großer Mehrheit zugestimmt. Wir fordern von der Kommission, gemeinsam mit dem Europarat in einen Dialog mit den Mitgliedstaaten über die Ratifizierung des Übereinkommens zu treten. Bisher haben es lediglich 14 der 28 EU-Mitgliedstaaten ratifiziert.

Fortschritt im Kampf gegen den Klimawandel

Meine Fraktion und ich haben mehrheitlich für einen Gesetzgebungsvorschlag zur Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) gestimmt. Das Parlament hat damit einen weiteren Schritt für den Kampf gegen den Klimawandel beschlossen. Die Mitgliedstaaten wollen so ein Gleichgewicht zwischen den CO₂-Emissionen und den Absorptionen in diesem Sektor sicherstellen. Dies ist Teil des Klimapakets der Europäischen Kommission vom Juli 2016 und steht im Einklang mit dem, was die Mitgliedstaaten im Rahmen des Pariser Abkommens vereinbart haben.

Internetanbindung für Kommunen – WIFI4EU

Mit dem Projekt WIFI4EU sollen in den nächsten drei Jahren bis zu 8000 Gemeinden EU-weit ihren Bürgern kostenlose WLAN-Zugänge an öffentlichen Plätzen wie Bahnhöfen anbieten können. Voraussetzung hierfür ist, dass die Gemeinden bereits über eine Internetanbindung verfügen. Dies ist ein wichtiges Signal dafür, dass nicht nur Ballungsräume WLAN-Zugänge anbieten können. Der ländliche Raum ist ein tragender Teil der europäischen Wirtschaft, daher begrüße ich diesen Schritt des Parlaments. Es bedarf bei der Durchführung einer geographischen Ausgeglichenheit, damit nicht einzelne Regionen außen vor gelassen werden.

EU bringt Rekordhilfe für Italien auf den Weg

In dem Zeitraum von August 2016 bis Januar 2017 wurde Italien Opfer zahlreicher Erdbeben. Mehr als 300 Menschen verloren ihr Leben. Zusätzlich sind 30.000 Menschen auf Hilfe angewiesen. In einigen Regionen sind weite

Teile der Infrastruktur zerstört. Als Reaktion hierauf beschloss das Europäische Parlament am Dienstag die größte bisherige finanzielle Hilfe aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union in Höhe von insgesamt 1,2 Milliarden Euro. Gelebte europäische Solidarität!

Neuigkeiten aus meinem Büro

Diesen Monat verlässt uns Simone Münch, die mehrere Monate mein Büro als Praktikantin unterstützt hat. Ich wünsche ihr viel Erfolg für den Abschluss ihres Studiums an der Uni Konstanz und danke ihr für ihre Arbeit. Ich freue mich, Lena Kümmel, eine gebürtige Aalenerin, als Mitarbeiterin in meinem Team begrüßen zu dürfen. Seit Ende August unterstützen Tanja Steck und Leonie Weih, beide aus Stuttgart, mein Büro als Praktikantinnen. Ich heiße sie herzlich willkommen. Eine weitere erfreuliche Nachricht kommt von meiner langjährigen Mitarbeiterin Stefanie Engert. Sie ist Mutter geworden. Wir gratulieren zur Geburt von Söhnchen Emil.

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle